

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

Auch von der Linken unsere volle Solidarität mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Pfisterstraße .

Damals ist es ja gelungen, das Pfisterschulgebäude vor der Spekulation zu schützen.

Vielleicht gelingt das ja auch hier.

Es geht doch um den Gebrauchswert.

Damit alle Menschen bezahlbaren Wohnraum haben.

Wohnen ist Menschenrecht.

Dieses Beispiel heute darf nicht sein.

Erwähnt werden muss auch der Verkauf der GBW-Wohnungen. Dies waren bayernweit über 30.000 bezahlbare Wohnungen mit über 80.000 BewohnerInnen, die der Freistaat Bayern an private Investoren verkauft hat, der Spekulation „zum Fraß vorgeworfen“ hat. Dies hat den Wohnungsmarkt zusätzlich angeheizt.

Wir fordern:

Keine Spekulation mit Wohnraum !

Wohnungen zum Wohnen und nicht zum Geld verdienen!

So viele Häuser in Fürth stehen leer. Trotz Wohnungsnot, trotz Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Helfen kann die Leerstandsverbotssatzung. Darin kann vorgeschrieben werden, dass eine Zweckentfremdung vorliegt, wenn Wohnraum länger als drei Monate leer steht.

Wenn die Vermieter keine oder eine falsche Auskunft geben, kann dies mit einer Geldbuße bis zu 50.000,-- € belegt werden.

Wenn Zweckentfremdung vorliegt, kann dies mit einer Geldbuße bis zu 500.000,-- € belegt werden.

Dann können sich die Vermieter überlegen, ob sie nicht besser für billiger vermieten, anstatt eine Geldbuße zu zahlen.

Es gibt eine neue Gesetzesgrundlage zum Verabschieden der Leerstandsverbotssatzung.

Darin ist alles geregelt.

Die seinerzeitigen Bedenken sind damit ausgeräumt.

Mit der Einführung ist auch keine Diskussion mehr darüber nötig, ob es für den Leerstand von Wohnungen Steuervorteile geben darf.

Die Leerstandsverbotssatzung, Zweckentfremdungssatzung, muss endlich eingeführt werden. Ohne wenn und aber, und schnell !

Weiterhin fordern wir, dass endlich durch den Stadtrat beschlossen wird, dass keine Grundstücke der Stadt und der Wohnungsbaugesellschaft, verkauft und privatisiert werden.

Wir fordern einen bezahlbaren Wohnraum, 4,50 € / Kaltmiete pro Quadratmeter. Dies ist die Aufgabe der Stadt und der Fürther Wohnungsbaugesellschaft.

Es wurden in Fürth zwar tatsächlich Wohnungen für 4,50 / 4,80 € Kaltmiete pro Quadratmeter fertiggestellt, dies sind aber noch zu wenige Wohnungen.

Auch Investoren müssen 30 % ihrer Wohnungen als bezahlbaren Wohnraum anbieten.  
Dies muss die Stadt mit städtebaulichem Vertrag oder mit weiteren Möglichkeiten regeln. An die seinerzeitige Veranstaltung mit dem Sachverständigen sei erinnert.

Soziale Probleme müssen als solche benannt werden.

Es dürfen keine Gegensätze zwischen den Menschen aufgebaut werden.

Genauso, wie die BewohnerInnen in der Pfisterstrasse keine Millionäre sind, befindet sich auch kein Millionär auf einem Flüchtlingsboot im Mittelmeer.

29.09.2017

für DIE LINKE im Fürther Rathaus,

Ulrich Schönweiß